

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 10 RM. monatl. Einzelne Nr. 40 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 4 RM., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 8 RM.,
unter Eingangsfrist 10 RM. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabjährl.
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 15

Mittwoch, 18. Januar

1922

Dr. Rathenau's Rede in Cannes.

Binnen 14 Tagen!

Die dreijährige Rede des Reichsministers v. Dr. Rathenau in der Sitzung des Obersten Rates vom 12. Januar wird nachstehend in einem Auszuge wiedergegeben, der sich auf Aufzeichnungen in der Sitzung stützt:

Herr Präsident, meine Herren!
Kamen der deutschen Regierung dankt ich Ihnen, daß Sie uns Gelegenheit gegeben haben, vor Ihnen zu erscheinen. Wir erkennen an, daß diese Konferenz neben ihren allgemeinen weltgeschichtlichen Aufgaben es sich zur Aufgabe gestellt hat, zu prüfen, wie die deutschen Leistungen mit der deutschen Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen sind. Die deutsche Delegation wird ernsthaft bemüht sein, alle gewünschten Auskünfte rüchellos und wohlwollend zu geben. Sie ist darüber hinaus bereit, in dem von ihr geforderten Maße an den Aufgaben, die sich diese Konferenz gestellt hat, mitzuwirken. Auch der französischen Regierung danke ich für die freundliche Aufnahme in dieser Stadt, in der wir Ihre Gäste sind. Ich nehme an, daß es nützlich sein wird, wenn ich, um zeitraubende Wiederholungen zu ersparen, mich in den weiteren Ausführungen anderer Sprachen als der deutschen bediene, ohne daß damit für uns ein Präjudiz für den Gebrauch irgendeiner Sprache geschaffen werden darf. (Die weiteren Ausführungen wurden in französischer Sprache vorgetragen und vom Redner abschnittsweise ins Englische übersetzt.)

Es sind uns eine Reihe von Fragen gestellt worden. Die Fragen beziehen sich einmal auf den Umfang der von Deutschland zu bewirkenden Sach- und Geldleistungen, die möglichst rasch, ohne Deutschland zu verunsichern, ohne die deutschen Finanzen, die von Deutschland für die Erfüllung dieser Maßnahmen gegeben werden können, und endlich auf die Teilnahme Deutschlands an dem Wiederaufbau Europas.

Deutschland ist entschlossen, mit seinen Leistungen bis zu den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Deutschland ist immer ein Land der Ordnung gewesen. Deutschland ist aber durch einen verlorenen Krieg, durch schwere Verluste und durch eine Revolution hindurchgegangen. Die anormalen Zustände seiner Lebensbedingungen und seiner Finanzen, welche die Folgen dieser Ereignisse sind, empfindet Deutschland selbst als schwersten und wünschenswertesten. Es wünscht nicht, den Weltmarkt durch Unterbietungen zu zerrütten.

Die beiden Aufgaben, äußere Leistung und innere finanzielle Sanierung, vor die Deutschland dadurch gestellt ist, widersprechen einander. Um ein Beispiel zu gebrauchen, möchte ich an die Lage eines Schiffskonstruktors erinnern, der gleichzeitig für höchste Kraftleistung und geringsten Kohlenverbrauch seines Schiffes sorgen soll.

Es ist daher schwer zu sagen, die und die Zahlung stellt eine ausreichende und kritische Leistung dar. Es muß eine Summe gefunden werden, deren Schwere erträglich ist, und die zugleich der wirtschaftlichen Lage der empfangsberechtigten Nationen entgegenkommt.

Wir wissen, daß in Ihrem Kreise Ziffern für 1922 genannt worden sind: 500 Millionen für die Leistungen in bar und 1450 Millionen für die Sachleistungen einschließlich der äußeren Belastungskosten. Ich will diese Ziffern als Basis meiner Berechnungen wählen. Sollte eine um 200 Millionen höhere Summe genannt werden, so wird das Problem noch weiter erschwert und gefährdet.

Ich komme zunächst zur Lage der deutschen Zahlungen. Deutschland ist ein Land der Lohnarbeit. Es empfängt Rohstoffe, verarbeitet sie und verkauft die verarbeiteten Erzeugnisse. Die Deutschen nach dem Kriege verbleibenden eigenen Rohstoffe sind mit Ausnahme der Kohle unerheblich. Das Kohle von dem so viel die Rede ist, ist nicht sehr bedeutend. Dazu kommen sehr kleine Mengen von Kupfer und Zink. Von allem anderen, was Deutschland braucht zur Behausung, zur Kleidung, zur Nahrung, muß es das meiste im Ausland kaufen.

Deutschland hat daher für alles, was es kauft, in bar zu bezahlen. Es kann nur zahlen durch seine Handarbeit. Es ist deshalb notwendig, daß

Deutschland eine aktive Handels- und Zahlungsbilanz hat. Unsere Zahlungsbilanz aber ist vorbelastet mit einem Einfuhrbedarf von 2 1/2 Milliarden Lebensmitteln und 2 1/2 Milliarden Rohstoffen, und zwar ohne verarbeitete Fabrikate und ohne Luxusartikel, die nicht sehr erheblich sind, und die es zum großen Teil nicht aus freiem Entschluß, sondern zur Aufrechterhaltung nachbarlicher Handelsbeziehungen erwirbt.

Außerdem sind im Gegensatz gegen die frühere Lage, in der uns aus Auslandsinvestitionen 1 1/2 Milliarden jährliche Erträge zustoßen, jetzt 3/4 Milliarden Goldmark jährlich an das in Deutschland Kapital bestehende Ausland zu zahlen. Die Passivseite der Zahlungsbilanz beträgt also etwa 5 1/4 Milliarden Goldmark, denen eine Ausfuhr von nur 3 1/2 bis 4 Milliarden gegenübersteht. Es besteht somit eine Passivität der Zahlungsbilanz im Saldo von 2 Milliarden schon vor Zahlung irgendwelcher Reparation.

Auf Vorträgen Lloyd Georges: Es ist ganz richtig, daß infolge des Standes des Weltmarktes auf 1,5 die deutsche Ausfuhr jetzt 14 bis 15 Milliarden Goldmark betragen müßte, wenn sie dem Vorkriegsstand entspräche. Sie hat sich also auf etwa ein Viertel vermindert.

Um das Defizit der Zahlungsbilanz zu decken, bestehen nur drei Möglichkeiten:
Verkauf der Substanz des Landes, große auswärtige Anleihen oder Verkauf der Landeswährung.
Den Ausverkauf von Landessubstanz konnten wir leider nicht hindern. Er ist in großem Umfange vor sich gegangen. Grundstücke, Unternehmungen, Aktien, Obligationen, selbst Hausrat sind vom Auslande unter dem Werte erworben worden.

Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe haben wir versucht. Sie war unmöglich, da nach Meinung der City von London die Deutschland auferlegten Lasten zu schwer waren.

Unter diesen Umständen war es unmöglich, den Verkauf von Umlaufmitteln zu vermeiden, obwohl unser Geld hierdurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde.

Der Prozeß des Ausverkaufs des deutschen Geldes hat sich zunächst ohne panikartige Folgen bis Mitte 1921 fortgesetzt. Er wurde nicht durch Deutschland erzwungen, sondern durch das Ausland eingeleitet, das mit Recht den inneren Wert der Mark höher einschätzte als den Auslandskurs. Aber Mitte 1921 ereignete sich etwas, was vorauszuweisen war: der Sturz der Käufer der Mark. In dem Augenblick, wo man sah, daß wir gezwungen waren, in kurzer Frist eine Goldmiliarde zu beschaffen, mit 30 Papiermilliarden zu verkaufen, fielen die Markkäufer die Hände in die Tasche und warteten. So trat der Marksturz ein, und der Dollarkurs stieg von 55 bis zeitweise auf 300.

Man hat bei uns und im Auslande gesagt, dieser Marksturz sei nur die Folge der Inflation und des Gebrauchs der Notenpresse in Deutschland. Das ist ein Irrtum. Sonst hätte dieser Sturz nicht so plötzlich und in ganz kurzer Zeit eintreten können. Auch hat der Kurs sich, sobald sich wieder etwas Blau am Himmel zeigte, erheblich gehieft. Das Blau am Himmel waren die Nachrichten über die ersten Besprechungen zwischen der britischen und französischen Regierung über eine Regelung unserer Verbindlichkeiten für 1922.

Jetzt komme ich zu einem äußerst wichtigen Punkt. Solange die Währung eines Staates auf dem internationalen Markt aus dem Gleichgewicht gekommen ist, ist es unmöglich, irgend ein Budget auf bestimmte Zeit mit Sicherheit in Ordnung zu bringen. Denn jeder neue Sturz des Kurses hat eine Erhöhung der Ausgaben für Gehälter, Löhne und Rohstoffe zur Folge. Ein Staatsbudget aber setzt sich nur aus diesen drei Posten zusammen.

In diesem Augenblick ist unser Budget für 1922 in Ordnung. Es enthält sogar gewisse Überschüsse; dabei ist aber von den Reparationen abgesehen. Jeder neue Marksturz, jede neue innere Preiserhöhung aber wird dieses Budget gefährden.

Wird damit gerechnet, daß die Reparationslasten erträglich werden, dann kann die Mark steigen und das Maß der Staatsausgaben in Papiermark sinken. Auf der anderen Seite wird

die Konkurrenz der deutschen Ware um so gefährlicher, je mehr die Mark sinkt.

Was gibt es nun für Mittel der Gesundung? Wie kann man je zu einer Wiederherstellung der deutschen Valuta gelangen?

Als Nächstes könnte man zunächst an eine Reduktion des Verbrauchs denken. Diese ist aber kaum erreichbar, da die Mittelklassen und die Arbeiter weit unter dem Stande der Vorkriegszeit leben. Es kann sich also nur um die Hebung der Produktion und um die Vermehrung der Ausfuhr handeln. Eine derartige Vermehrung ist aber schwer, weil sich andere Völker gegen die Vermehrung der deutschen Einfuhr wehren. Es bleibt das Mittel, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, aber das erfordert Zeit bei den infolge des Krieges verschlechterten Bedingungen.

Ich will jetzt im einzelnen von den Lasten sprechen, die auf Deutschland ruhen. Für 1922 beträgt das Budget 55 Milliarden ausschließlich Reparationen und sonstigen Friedensvertragsleistungen. Um diese Last zu balancieren, war es nötig, die Steuern um zu verdoppeln.

Ich will hier nicht über die sehr wichtige Frage der vergleichenden Steuerbelastung sprechen. Wir haben Unterlagen vorbereitet und stellen sie zur Verfügung. Ich stelle unter Beweis, daß der Deutsche fernhin eine schwerere Last trägt als der Bewohner irgend eines anderen Landes, insbesondere der Engländer oder der Franzosen.

Um den Staatshaushalt zu konsolidieren, wird es sich zunächst darum handeln, die Reichsbetriebe zu balancieren, Eisenbahnen, Post, Telegraphen. Die Maßnahmen sind ergriffen, um im Jahre 1922 diese Reichsbetriebe ins Gleichgewicht zu bringen. Ferner handelt es sich um die Beilegung der Eisenbahn, die bisher zur Beilegung der Lebensmittel und aus sozialen Gründen gegeben werden mußten. Ich trete in die Einzelheiten nicht ein. Maßnahmen sind ergriffen, die dazu führen sollen, diese Eisenbahnen allmählich abzubauen.

Eine dritte Frage wegen des deutschen Budgets betrifft die Frage des Kohlenpreises. Der Kohlenpreis nähert sich sehr rasch dem Weltmarktpreis. Sobald der Preis des Dollars sich weiter ermäßigt, überschreiten die deutschen Kohlenpreise den Weltmarktpreis und zwar zu verschiedenen Zeitpunkten, da die Preisverhältnisse der einzelnen Sorten verschieden sind.

Bisher habe ich stets nur von einem Budget ohne Reparationen und ohne die inneren Kosten des Friedensvertrages gesprochen. Wenn ich von dem bereits erwähnten 500 RM. für 1922 ausgehe, wenn ich ferner ausgehe von Sachleistungen von 1450 RM. Goldmark und dann noch die inneren Kosten des Friedensvertrages nehme, so komme ich zu folgenden Ziffern:

500 RM. Goldmark zum	
Kurse von 50	= 25 Milliarden Ppmt.
1450 RM. Goldmark	= 72,5
Friedensvertragsausgaben	= 38
	135,5

Diese Summen kämen also zusätzlich zu dem Budget von 1922 mit seinen 53 Milliarden Papiermark. Das Budget würde also etwa 150 Ppmt. neue Belastung erfahren und sich damit auf 218,5 Milliarden Papiermark belaufen.

Um die Bilanz herzustellen, gibt es nur zwei Mittel:

eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder eine Kiefenanleihe.

Es wäre unmöglich, da das Land schwerer als seine Nachbarn belastet ist, die Steuern nochmals zu verdoppeln. Es bleibt also die Frage einer sehr großen Anleihe. Ich glaube, daß man eine derartige Anleihe nicht im Auslande wird machen können. Die City von London hat sich schon geweigert, einen sehr viel kleineren Betrag für die Januar- und Februarzahlungen durch eine Anleihe zu finanzieren. Die Frage einer inneren Anleihe wird sehr ernsthaft erörtert werden. Aber in der gegenwärtigen Situation wird es kaum möglich sein, die notwendigen Reizmittel zu finden, um eine Anleihe auch nur annähernd des erforderlichen Umfangs unterzubringen.

Ich lege aber darauf, einen Vorwurf zu enthalten, der immer wieder auftaucht, und der dahin (Fortsetzung Seite 2.)

In der letzten Sitzung zu Cannes ist der deutschen Regierung nicht nur das provisorische Protokoll mitgeteilt worden, das die Reparationspflichten vorerst auf je 31 Millionen Goldmark pro Tefabe festsetzt, sondern es ist auch von ihr verlangt worden, daß sie der Reparationskommission innerhalb 14 Tagen ein eigenes Programm über die folgenden beiden Punkte vorlege:

1. Über die Reform des deutschen Budgets und des deutschen Papiergeldumlaufes, nebst Garantien für die Durchführung dieser Reform.
2. Über die Barzahlungen und Sachleistungen, die an Stelle der Bestimmungen des Mal-Ultimatums von der deutschen Regierung für das Jahr 1922 vorgeschlagen werden.

Am 27. Januar läuft diese Frist ab, und wenn bis dahin noch ein sichhaltendes und nach allen Seiten wohlbedachtes Programm ausgearbeitet werden soll, so drängt die Zeit gewaltig. Man kann sich vorstellen, welche Tätigkeit in den beteiligten Ämtern nunmehr entfaltet werden muß, man soll sich aber auch Rechenschaft geben über die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten, die der Ausarbeitung derartiger Vorschläge auf deutscher Seite sowohl allgemeinpoltisch, als auch speziell wirtschaftlich entgegenstehen. Kamentlich die ersteren sind von einer Wichtigkeit, daß die Öffentlichkeit gar nicht früh genug auf sie aufmerksam gemacht werden kann.

Bei der Vorlage offizieller Pläne sowohl für die Reparation, als auch für die Reform der inneren Finanzverhältnisse schwebt die deutsche Regierung nämlich zwischen der Scala und der Charabdis heimischer und ausländischer Propaganda. Es wird im Auslande immer eine Mischung geben, die jedeniffermäßigen Vorläge Deutschlands zu gering haben wird, die ihn als Herausforderung bezeichnen wird und den Versuch nicht unterlassen wird, darauf zu drängen, daß man diese Herausforderung mit ultimativen Antworten erwidere. Und es wird leider im Innlande aller Voraussicht nach immer eine gegenteilige Propaganda geben, von der zu hören sein wird, die deutschen Vorschläge, wie immer sie in Höhe und Art beschaffen sein mögen, seien ein Verrat am deutschen Volke, seien Verrat an der Ehre und der Würde und die Ehre und Würde Deutschlands verlange es, mit äußerster Energie gegen eine Regierung aufzutreten, die sich in dieser Weise den Wünschen der Sieger gefällig zeige. Mit diesen beiden agitatorischen Begründungen aller ihrer Vorschläge muß die deutsche Regierung rechnen, und es wird schwer genug sein, einen Mittelweg zu finden, der die Schwächung der deutschen Position, die aus dem Doppelsinn der öffentlichen Meinungen wider die deutschen Vorschläge notwendig resultieren muß, nach beiden Seiten hin auf das größtmögliche Minimum beschränkt.

Aber nicht nur politische, sondern auch sachlich wirtschaftliche Schwierigkeiten außerordentlicher Schärfe sind zu überwinden. Die soll es der deutschen Regierung gelingen, Vorschläge zu unterbreiten, die zur Balancierung des Reichshaushaltes und zur Abbremsung der Notenpresse ausreichend sein könnten? Ist es nicht gerade der Reparationsetat, der den einen wie den anderen Ubelstand dauernd und unvermeidlich weiter unterhält, und ist nicht das einzige Gegenmittel, das für die nächsten Jahre bisher sichtbar geworden ist, nämlich die große Auslandsanleihe, nach den maßgebenden Urteilen der Bank von England gerade durch das Vorhandensein der Reparationslasten unerlangbar? Betrachtet man sich Punkt 1 und Punkt 2 der Vorschläge, die Deutschland überreichen soll, so wird man bemerken, daß die Vorschläge zu 1, nämlich die Vorschläge über die innerdeutsche Finanzreform, dazu führen sollen, daß der Verschlag zu 2 möglichst hochgehalten werden kann. Aber die große Auslandsanleihe, die vorerst das einzige Mittel zur Sanierung der innerdeutschen Finanzverhältnisse bildet, ist nur dann erlangbar, wenn die Reparationslasten sehr niedrig gehalten sind. Hier tritt also der alte circulus vitiosus des ganzen Reparationsproblems in neuer Form wieder zutage, und es ist vorerst absolut unerlässlich, wie die deutschen Vorschläge es zuzwecken sollen, den Widerspruch zwischen den Wünschen der Verbündeten und dem Zwange der Wirklichkeit auszugleichen. Die Verbündeten, die in die Verfügungsmacht in Händen haben, haben es sich, da sie selbst keine vernünftige Lösung fanden, inwiefern leicht gemacht, als sie die Pflicht zu Vorschlägen auf Deutschland übertragen und